



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Horst Arnold, Florian von Brunn, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Ruth Waldmann, Margit Wild, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Angelika Weikert, Isabell Zacharias, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr und Fraktion (SPD)**

Maßnahmen zur Beschleunigung des Wohnungsbaus nicht länger blockieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird erneut dazu aufgefordert, ihre Blockade gegen Maßnahmen zur Beschleunigung des Wohnungsbaus schnellstmöglich aufzugeben und sich stattdessen auf Bundesebene konstruktiv am Diskussionsprozess zu beteiligen, damit folgende Maßnahmen ergriffen werden können:

- zeitlich befristete steuerliche Anreize für Immobilieninvestoren zum Zwecke des bezahlbaren Mietwohnungsbaus in angespannten Regionen (Wiedereinführung der degressiven Absetzung für Abnutzung),
- Einführung staatlicher Eigenkapitalzuschüsse, um es Familien mit geringem und mittlerem Einkommen zu erleichtern, Wohneigentum zu erwerben,
- erleichterte Möglichkeiten zum Verkauf staatlicher Grundstücke an Kommunen, wenn diese das zu veräußernde Grundstück zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen,
- Schaffung eines zweckgebundenen Grundfreibetrags für Grundstücksveräußerungen an Städte und Gemeinden für den Mietwohnungsbau,
- Prüfung von Möglichkeiten für zeitlich befristete steuerliche Ermäßigungen auf Grundstücksveräußerungen – insbesondere von Landwirten – an Städte und Gemeinden sowie zur Erweiterung der Reinvestitionsmöglichkeiten.

Begründung:

Immer wieder wurde die Staatsregierung in den vergangenen Monaten dazu aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die es ermöglichen, dass in Bayern in den kommenden Jahren deutlich mehr Wohnungen gebaut werden, um dem eklatanten Mangel an bezahlbaren Wohnungen im Freistaat entgegenzuwirken. Entsprechende Appelle kamen dabei nicht nur von der SPD-Landtagsfraktion, sondern beispielsweise auch von Kommunen, Genossenschaften und Wohnungsunternehmen.

Doch sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene wurden diese Vorschläge von der CSU immer wieder blockiert. Einige Vorschläge weisen dabei deutliche Parallelen zu den Maßnahmen auf, die die CSU im Wahlkampf nun selbst ins Spiel bringt. Sie wurden jedoch zum damaligen Zeitpunkt abgelehnt, zum Teil sogar wenn sie zunächst lediglich als Prüfauftrag dienten. Auf Bundesebene wurde der konstruktive Dialog über Vorschläge aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zu etlichen der erwähnten Punkte regelmäßig verweigert. Hinzu kommt die fatale Untätigkeit der Staatsregierung, was den Wohnungsbau im Freistaat angeht. So stieß die Halbierung der Landesmittel zur Wohnraumförderung für 2017 auf massive Kritik, u. a. der bayerischen Wohnungswirtschaft. Eine baldige Umkehr dieser Politik ist deshalb dringend vonnöten.